



**Interpellation von Virginia Köpfli, Isabel Liniger, Guido Suter und Anna Spescha  
betreffend psychische Gesundheit der Bevölkerung während der Corona-Krise  
vom 1. März 2021**

Die Kantonsrätinnen Virginia Köpfli, Hünenberg, Isabel Liniger, Baar, und Anna Spescha, Zug, sowie Kantonsrat Guido Suter, Walchwil, haben am 1. März 2021 folgende Interpellation eingereicht:

Das Konzept zur Strategie Psychische Gesundheit im Kanton Zug von 2013–2020 definiert den Begriff “psychische Gesundheit“ als « (...) als einen Prozess des Wohlbefindens, in dem man seine Fähigkeiten ausschöpfen, die normale Lebensbelastungen bewältigen, produktiv arbeiten und der Gemeinschaft seinen Beitrag leisten kann.»<sup>1</sup> (Strategie psychische Gesundheit im Kanton Zug 2013 bis 2020, Gesundheitsdirektion) Weiter wird ausgeführt: «Dabei ist das Gleichgewicht zwischen Anforderungen und Ressourcen für psychische Gesundheit entscheidend: Treten Stressoren (wie z.B. zwischenmenschliche Konflikte, beruflicher Stress, finanzielle Sorgen, Pflege von chronisch erkrankten Angehörigen usw.) kumuliert oder anhaltend auf und kommen besondere Ereignisse hinzu, ist dieses Gleichgewicht gefährdet.» Viele der erwähnten Faktoren kommen in der Corona-Krise zusammen und bringen bei einer grossen Anzahl von Menschen diese Balance aus dem Gleichgewicht. Speziell schwierig kann die Situation werden, wenn man weniger privilegiert ist, besonders grosse finanzielle Sorgen hat oder in räumlich engen Verhältnissen lebt. Diese Faktoren erhöhen das Risiko, aus dem Gleichgewicht zu geraten und psychisch krank zu werden.

Auch das BAG kommt im November zum Schluss: «In einer Krisensituation, wie wir sie mit der Covid-19-Pandemie derzeit erleben, kann dieses Gleichgewicht aus den Fugen geraten. Besonders belastend sind Faktoren wie Arbeitslosigkeit, finanzielle Sorgen, Einsamkeit oder familiäre Konflikte, die während der Pandemie verstärkt auftreten können. Gleichzeitig sind bewährte Strategien zur Stressbewältigung eingeschränkt, so etwa der Austausch im Freundeskreis.» Daneben wird in der Studie vom Büro Bass zum Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Schweiz, im Auftrag des BAG festgestellt, dass es ganz verschiedene Auswirkungen auf die Bevölkerung hat je nach Situation und Betroffenheit.<sup>2</sup>

Die Studie hat die Auswirkungen auf verschiedene Altersgruppen untersucht und kommt zum Schluss, dass es bei den älteren Generationen vor allem die Menschen über 65 sind, die öfters von Einsamkeit betroffen sind. Zugleich wird aufgezeigt, dass die Massnahmen zur Eindämmung des Virus vor allem die unter 30-Jährigen stärker getroffen haben: Auch hier gibt es unterschiedliche Reaktionen auf die Situation, doch es wird betont: «Relevante Einflussfaktoren sind die sozioökonomischen Familienverhältnisse (Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien waren tendenziell stärker von negativen Auswirkungen der Pandemie betroffen) und das Wohlbefinden der Eltern (relevante Faktoren hierfür: soziale Unterstützung, Flexibilität der Arbeitgeber). Verschiedene Umfrageergebnisse zeigen, dass diese mit Homeoffice, Home-schooling und Kinderbetreuung während der Corona-Krise stark herausgefordert waren, insbesondere Alleinerziehende und Familien mit Kindern unter 12 Jahren.» Die Schweiz verfügt über

---

<sup>1</sup> Gesundheitsdirektion Kanton Zug: Strategie psychische Gesundheit im Kanton Zug 2013 bis 2020

<sup>2</sup> Dr. Désirée Stocker, Dawa Schläpfer, Philipp Németh, B & A, Jolanda Jäggi, Lena Liechti, Kilian Künzi, Büro BASS: Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrisch- psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz, 2.11.2020 Bern.

eine qualitativ hochstehende psychiatrische Versorgung. Es besteht jedoch auch Entwicklungsbedarf.

Daraus ergeben sich folgende Fragen für die unmittelbare Situation und Auswirkungen:

1.
  - a) Wie sieht die allgemeine Versorgungssituation der psychischen Gesundheit im Kanton Zug aus?
  - b) Wo bestehen allenfalls Lücken (z.B. bei niederschweligen Angeboten)?
  - c) Gibt es genügend Fachkräfte, um den Bedarf abzudecken?
2.
  - a) Welche niederschweligen Angebote zur Förderung und Prävention psychischer Gesundheit stehen der Bevölkerung zur Verfügung, die psychische Gesundheit, und Themen wie: persönliche Probleme, Alltagsbewältigung, Einsamkeit und Isolation, zu thematisieren?
  - b) Wie hat sich die Nutzung dieser Angebote angesichts der Pandemie verändert?
  - c) Ist die Niederschwelligkeit der Hilfe sichergestellt?
  - d) Wie sieht die Geschlechterverteilung in der Nutzung der bestehenden Angebote aus?
3. Wie stark waren bzw. sind die stationären Angebote des Kantons ausgelastet?
4.
  - a) Konnte bzw. kann die psychiatrische-psychotherapeutische Versorgung während der Krise gewährleistet werden?
  - b) Wurde allenfalls der Zugang für Neuerkrankte erleichtert?
  - c) Wie sieht es mit der Verfügbarkeit von Plätzen für neue Patient\* innen aus?
  - d) Wurden die Ressourcen und Angebote angesichts der hohen Belastung in der Bevölkerung angepasst resp. erhöht?
5.
  - a) Wie sind fernmündlich durchgeführte Psychotherapien im Vergleich zu den Konsultationen vor Ort geregelt (in Zeit und Finanzierung)?
  - b) Gab es Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Vergütungsregeln für telemedizinische Konsultationen?
6. Welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden bezüglich der verschiedenen Arten von Kanälen, auf denen Hilfe angeboten wird?
7. Als relevanter Schutzfaktor für die psychische Gesundheit wird die Kommunikation der Behörden genannt. Wie beurteilt der Regierungsrat seine eigene Krisenkommunikation?

Die Umfrage bei Expert\*innen für die Studie des Büro Bass hat ergeben, dass die langfristigen Auswirkungen der Corona-Krise auf unsere psychische Gesundheit noch unklar sind. Es gibt aber zu bedenken, dass es teilweise viel Zeit braucht, wieder Vertrauen zu fassen und dass auch mittelfristig das durchschnittliche Stressempfinden oder depressive Symptome sich wieder normalisieren. Ebenfalls betont die Studie, dass die finanzielle Unsicherheit im Kontext der Krise zu Ermüdung und Erschöpfung und weiter zu psychischen Belastungsreaktionen und Folgestörungen führen kann, dies insbesondere mit längerer Dauer der Krise. Insbesondere weist die Studie daraufhin, dass mittel- und längerfristige Auswirkungen auf die emotionale Entwicklung und das Beziehungsverhalten von Kindern und Jugendlichen befürchtet werden müssen.

Daraus ergeben sich folgende Fragen zu den langfristigen Auswirkungen:

8.
  - a) Welche Überlegungen werden bei den zuständigen Ämtern und Fachstellen gemacht im Hinblick auf die langfristigen krisenbedingten Entwicklungen von psychischen Problemen?
  - b) Wie ist die Einschätzung speziell bei Kindern und Jugendlichen und bei unter 30-jährigen Erwachsenen?
  - c) Wo wird Handlungsbedarf vermutet?
  - d) Ist der Kanton bereits aktiv geworden?

Für die Beantwortung der Fragen danken wir der Regierung im Voraus.